

## Anfragen zum Plenum in der 10. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Klaus Adelt**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie kontrollieren die staatlichen Naturschutzbehörden die Umsetzung der auferlegten Ausgleichsmaßnahmen bei Straßenbauten und Bebauungspläne, sind die im Zuge des Autobahnbaus A 72 vom Dreieck Bayerisches Vogtland bis zur Landesgrenze Sachsen auferlegten Ausgleichsmaßnahmen noch vorhanden und falls ja, ist der erwartete Erfolg der Maßnahmen eingetreten?

**Hubert Aiwanger**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kriterien gibt es bei der Vergabe von Ausschreibungen der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH, welche Gewichtung haben die Kriterien „Qualität“ und „Preis“ und inwiefern werden die Tarifsituation und das Inbetriebnahmerisiko berücksichtigt?

**Inge Aures**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie den gemeinsamen Antrag der Stadt Stadtsteinach, des Marktes Marktleugast und der Gemeinde Untersteinach auf Einstufung als neues Mittelzentrum und wann können die Kommunen mit einer Entscheidung der Staatsregierung rechnen?

**Prof. (Univ. Lima) Dr.  
Peter Bauer**  
(FREIE WÄHLER)

Nachdem der geistig behinderte und zu Unrecht des Mordes an Peggy Knobloch beschuldigte Ulvi Kulaç nach fast 14 Jahren Unterbringung in der forensischen Psychiatrie in Bayreuth, trotz seines Freispruches am 14. Mai 2014, immer noch in der forensischen Psychiatrie untergebracht wird, frage ich die Staatsregierung, ob sie Kenntnis über die neuesten Gutachten und Stellungnahmen hat, die weiterhin zu der Unterbringung im Maßregelvollzug des Ulvi Kulaç führen, inwieweit sie die Unterbringung auch nach 14 Jahren noch begründen und für verhältnismäßig halten und was die Staatsregierung detailliert zu tun gedenkt, um diesen außergewöhnlichen Einzelfall baldmöglichst aufzulösen?

**Margarete Bause**  
(GRU)

Nach den Äußerungen des Staatsministers der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, in der „Passauer Neuen Presse“ vom 27. Februar 2015 zur Reform des Erbschaftsteuergesetzes frage ich die Staatsregierung, auf welche Unternehmenskennzahl (Unternehmenswert, Bilanzsumme, Umsatz etc.) sich die im betreffenden Artikel genannte Freibetragsgrenze

von 100 Mio. Euro bezieht, wie die Staatsregierung die Zahl 100 Mio. Euro begründet oder berechnet und wie viele familiengeführte Unternehmen in Bayern ansässig sind, deren potentielle Erben unter diese Regelung fallen würden?

**Susann Biedefeld**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Gesamtkosten hat der Tag der Franken jeweils seit der Einführung in den fränkischen Regierungsbezirken verursacht, wer hat diese Kosten jeweils getragen und wie hoch war jeweils die Beteiligung des Freistaates Bayern?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung vor dem Hintergrund der Presseberichte über eine mögliche Vergewaltigung und sexuelle Nötigung einer Mitarbeiterin auf einer Oktoberfestfeier der Kanzlei Linklaters im vergangenen Jahr 2014, die nach diesen genannten Berichten durch die Kanzlei selbst intern und ohne Erstattung einer Strafanzeige „geregelt“ wurde, angeblich, so die Pressemeldungen, aus „Rücksicht“ auf das mögliche Opfer, ob die Staatsregierung mit dieser Kanzlei zusammenarbeitet bzw. zusammengearbeitet hat und ob die Staatsregierung, falls eine Zusammenarbeit besteht oder bestanden hat, weiterhin mit der Kanzlei Linklaters zusammenarbeiten wird?

**Kerstin Celina**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die Praxis der Krankenkassen, bei privat organisierten Haushaltshilfen im Gegensatz zu den Vertragshaushaltshilfen keinen Mindestlohn zu zahlen, ist die Staatsregierung der Ansicht, dass die Versicherten die Lücke zwischen der Erstattung und dem Mindestlohn selbst übernehmen sollen bzw. dann unter Mindestlohn gezahlt wird und was gedenkt sie gegen diesen Missstand zu unternehmen?

**Dr. Sepp Dürr**  
(GRU)

Nachdem berichtet wurde, dass das Museum Otto Schäfer beabsichtigt, ein Konvolut wertvoller und seltener Handschriften und Drucke des 15. und 16. Jahrhunderts zu verkaufen, frage ich die Staatsregierung, zu welchem Ergebnis die Prüfung einer möglichen Aufnahme der Handschriften und Drucke in die Liste national wertvollen Kulturguts des Freistaats geführt hat, ob bei früheren Verkäufen des Museums ebenfalls die Aufnahme in die Kulturgut-Schutzliste erwogen und geprüft wurde und ob die Staatsregierung generell sich bei geplanten Verkäufen von Exponaten aus Sammlungen und Museen als Voraussetzung weiterer staatlicher Förderung ein Mitspracherecht einräumen lassen wird?

**Dr. Hans Jürgen Fahn**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Landkreise und kreisfreien Städte haben inzwischen ein integrationspolitisches Gesamtkonzept verabschiedet (bitte einzeln aufzählen) und wurde dies vom Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration entsprechend angeregt analog wie dies beim seniorenpolitischen Gesamtkonzept (durch ein entsprechendes Anschreiben) der Fall war bzw. welche Position hat die Staatsregierung zur Förderung der Integration in den Kommunen als zentrale Zukunftsaufgabe?

**Günther Felbinger**  
(FREIE WÄHLER)

Nach den Ankündigungen des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst (StMBW) vom 31. Oktober 2014

in der „Main Post“ zur Prüfung pädagogischer Kooperation der beiden Gymnasien Friedrich-List und Mädchenbildungswerk und basierend auf die Stellungnahme des Staatsministers für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle, beim Besuch des Gymnasial-Standortes Gemünden am Main im Mai 2014 frage ich die Staatsregierung, welche künftigen Möglichkeiten der Kooperationen sich bei den stattgefundenen Gesprächen der Ministerialbeauftragten mit den beiden Schulleitern des staatlichen Friedrich-List-Gymnasiums Gemünden und des kirchlichen Mädchenbildungswerkes der Schwestern vom Heiligen Kreuz ergeben haben, welche Folgerungen sich daraus für die weitere künftige pädagogische bzw. räumliche Zusammenarbeit der beiden Gymnasien ergeben und wie das StMBW die bisherigen und in der Vergangenheit liegende Kooperation der beiden Gymnasien beurteilt?

**Karl Freller**  
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, ist trotz des Betreiberwechsels beim Nürnberger S-Bahnnetz ab 2018 die geplante Absenkung der Bahnsteighöhen bei der S-Bahnlinie 2 von Roth über Schwabach und Nürnberg nach Altdorf von 96 cm auf standardisierte 76 cm in den nächsten Jahren bzw. spätestens mit dem Betreiberwechsel im Dezember 2018 gewährleistet und wer kommt für die Kosten der Absenkung auf?

**Markus Ganserer**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird das Bodenrisiko auf dem Gelände des geplanten Gewerbegebietes „Moserbrücke“ hinsichtlich Gefährdungsklasse und Flächenkategorie eingestuft, wer müsste demnach vor Beginn der Baumaßnahme für die Räumung des Geländes aufkommen und wie hoch werden die Kosten hierfür geschätzt?

**Prof. Dr. Peter Paul Gantzer**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird gerechtfertigt, dass in der Gemeinde Unterföhring, der mit 1.836 Kindern kinderreichsten Gemeinde des Landkreises München, die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) die Zulassung eines Kinderarztes verweigert, sodass die Eltern aus Unterföhring gezwungen werden, in Kinderarztpraxen in den Nachbarkommunen auszuweichen, weil die „Halbtags-Filiale“ einer Münchner Kinderarztpraxis in Unterföhring nur vormittags stundenweise geöffnet ist, und konnte in diesem Fall nicht eine Sonderbedarfszulassung erteilt werden?

**Thomas Gehring**  
(GRU)

Ich frage ich die Staatsregierung, an welchen Berufsschulstandorten werden für berufsschulpflichtige Asylbewerberinnen bzw. -bewerber und Flüchtlinge (von 16 bis 21 Jahren) neue Klassen mit wie vielen Plätzen eingerichtet (bitte namentliche Nennung der Schulen, der Adresse, des Regierungsbezirks und Kennzeichnung, ob es sich um eine erstmalige Einrichtung einer Übergangsklasse an diesem Standpunkt handelt), für prozentual wie viele berufsschulpflichtige Jugendliche und junge Erwachsene aus dem Personenkreis Asylbewerberinnen bzw. -bewerber und Flüchtlinge kann die Staatsregierung damit ein Beschulungsangebot im Bereich der Berufsschulen vorweisen?

**Ulrike Gote**  
(GRU)

Mit Bezug auf einen Beitrag des Fernsehmagazins „Panorama“ vom 19. Februar 2015 über den 18-jährigen Dimitri, der in Donezk (Ukraine) geboren wurde und seit 2012 mit seiner Mutter in München lebte, (<http://daserste.ndr.de/panorama/Ich-bin-bereit-fuer-die-Ukraine-zu-sterben-und-fuer-den-Donbass-fuer-Donezk,-dimitri100.html>) frage ich die Staatsregierung, ob die Ausreise von Dimitri in die Ukraine mit dem Ziel ein Ausbildungscamp einer rechtsextremistischen „Volksmiliz“ zu besuchen und sich dort für den bewaffneten Kampf ausbilden zu lassen, genauso oder ähnlich zu bewerten ist, wie der Fall eines 21-jährigen Deutsch-Türken, gegen den die Bundesanwaltschaft Anklage wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland und Vorbereitung schwerer staatsgefährdender Gewalttaten erhoben hat und dessen Fall voraussichtlich am Münchner Oberlandesgericht verhandelt wird (bitte begründen), ob sich die Staatsregierung mit dem Fall des Dimitri befasst hat oder befassen wird und welche Schritte sie ggf. einleiten wird?

**Eva Gottstein**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Finanzmittel zur Förderung von Fußball-Fanprojekten in Bayern sind in den Doppelhaushalten seit dem Doppelhaushalt 2009/2010 in welchen Haushaltstiteln veranschlagt und tatsächlich ausgegeben und hatte der Wechsel der Einzelpläne, in denen die Mittel eingeplant waren, Auswirkungen auf das Förderziel und die Zugriffsmöglichkeit auf diese Mittel?

**Martin Güll**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele befristete Arbeitsverhältnisse für Lehrerinnen und Lehrer gab es an den bayerischen Schulen zu den Stichtagen 1. Oktober 2013 und 1. Oktober 2014 (bitte nach Schularten getrennt angeben)?

**Harald Güller**  
(SPD)

Angesichts aktueller Meldungen aus Österreich (vgl. dpa vom 2. März 2015), dass den Gläubigern der einstigen österreichischen Staatsbank Hypo Alpe Adria jetzt konkret ein Schuldenschnitt droht, alle Schuldzahlungen bis zum 31. Juni 2016 eingestellt werden und die Bad Bank der Hypo, die Heta Asset Resolutions, unter der Regie der Finanzmarktaufsicht (FMA) abgewickelt wird, frage ich die Staatsregierung angesichts dieser nochmals eskalierten Situation, welche Folgen für die laufenden Zivilprozesse der Bayerischen Landesbank in Deutschland und Österreich und vor dem österreichischen Verfassungsgericht sie sieht, welche Auswirkungen sie für den Staatshaushalt, in welchem für 2015 und 2016 jeweils 430 Mio. Euro Kapitalrückzahlungen durch die Bayerische Landesbank vorgesehen sind, befürchtet, und ob sie Auswirkungen auf mögliche Verhandlungen mit der Republik Österreich zur außergerichtlichen Lösung der Streitigkeiten sieht?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund der andauernden griechischen Staatsschuldenkrise frage ich die Staatsregierung, mit welchen Maßnahmen (jeweils finanzieller, personeller, sachlicher und zeitlicher Umfang) unterstützte der Freistaat Bayern bislang welche Bereiche der öffentlichen Verwaltung der Republik Griechenland und welche weiteren Hilfen seitens des Freistaats Bayern sind geplant?

**Ludwig Hartmann**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind die Eigenkapitalquoten der einzelnen bayerischen Sparkassen gemessen am harten Eigenkapital der einzelnen Sparkassen zum Stichtag 31. Dezember 2012?

**Dr. Leopold Herz**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Finanzmittel werden für die Bergwaldoffensive und die Schutzwaldsanierung im Privat- und Körperschaftswald in Bayern von 2015 bis 2020 zur Verfügung gestellt (bitte Höhe in Euro pro Jahr auflisten und Zeitpunkt der Verfügbarkeit) und warum wird kein eigener Finanzmitteltopf „Bergwaldoffensive“ herausgelöst aus dem Klimaprogramm 2020 geschaffen und wie kann gewährleistet werden, dass die zuständigen Ämter vor Ort sowohl für die Mittel- wie auch für die Personalplanung zumindest mittelfristig für drei bis fünf Jahre Planungssicherheit erhalten?

**Erwin Huber**  
(CSU)

Da sich an der Anschlussstelle (16) Würth/Isar der Bundesautobahn A 92 Richtung Deggendorf wegen des anliegenden Logistik-Zentrums des Öfteren längere Rückstaus ergeben, frage ich die Staatsregierung, ist die Straßenbauverwaltung aufgeschlossen, die Ausfahrt auf zwei Spuren zu erweitern, um damit auf einer verbreiterten Kreisstraße LA 10 die unmittelbare Einfädelung des Schwerverkehrs in den Bypass des südlich gelegenen Kreisverkehrs zu ermöglichen, wie hoch dürften dabei schätzungsweise die Kosten sein und ist dieses Projekt in absehbarer Zeit zu realisieren?

**Christine Kamm**  
(GRU)

Nachdem nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Verbesserung der Rechtsstellung von asylsuchenden und geduldeten Ausländern am 1. Januar 2015 und des Gesetzes zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldeten Ausländern am 6. November 2014 die Nebenbestimmungen in den Aufenthaltstiteln – in erster Linie Aufenthaltsgestattung und Duldung – zu den Beschäftigungs- und Aufenthaltsregelungen geändert werden müssen, die Nebenbestimmungen jedoch weiterhin in verschiedenen Aufenthaltstiteln der Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber auch nach der Überschreitung der Fristen nach den beiden genannten Gesetzen existieren, frage ich die Staatsregierung, wann die Ausländerbehörden als Landesbehörden die Nebenbestimmungen zu den neuen Regelungen des Beschäftigungs- und Aufenthaltsrechts anpassen werden?

**Annette Karl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die vom Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, in seiner Regierungserklärung „Heimat Bayern 2020“ erwähnten Mittel von rund 650 Mio. Euro für die regionale Offensive in Südbayern auf die einzelnen 44 Projekte im Haushalt verteilen, mit den einzelnen Haushaltansätzen für jedes Projekt für 2015 und 2016 sowie eventuell ausgewiesene Verpflichtungsermächtigungen?

**Nikolaus Kraus**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, erhält der Freistaat Bayern im Zusammenhang mit dem Vorhaben „Sohlgleite Grundwehr III“ an

- der Ammer Fördermittel der Europäischen Union und wenn ja, in welcher Höhe?
- Ulrich Leiner**  
(GRU) Nachdem im Jahre 2015 in Bayern „Klimamittel“ in Höhe von 5,3 Mio. Euro für Schutzwaldsanierung und Bergwaldoffensive zur Verfügung stehen, frage ich die Staatsregierung, wie werden diese „Klimamittel“ in Bayern verteilt (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Landwirtschaftsämtern)?
- Andreas Lotte**  
(SPD) Nachdem die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, gemessen in Prozent am Bruttoinlandsprodukt, ein Indikator für die Innovationsaktivität der Wirtschaft sind, frage ich die Staatsregierung, was ist das FuE-Ziel (FuE = Forschung und Entwicklung) der Staatsregierung für 2020, und wie haben sich die FuE-Ausgaben in Bayern in den letzten Jahren – aufgeschlüsselt nach Branche und Unternehmensgröße – entwickelt?
- Dr. Christian Magerl**  
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, warum ist der Überwachungsbericht der Firma msp Ihr Entsorger GmbH nicht auf der Homepage des Landratsamtes Berchtesgadener Land veröffentlicht, im Gegensatz zu allen übrigen zu überwachenden Anlagen nach der Industrieemissionsrichtlinie, die in Anlage 1 zum Überwachungsprogramm des Landratsamtes Berchtesgadener Land für IE-Anlagen aufgeführt sind, und wann wird dieser veröffentlicht?
- Jürgen Mistol**  
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, warum sind die neuen Fahrzeuge vom Typ PESA Link, die zum Fahrplanwechsel auf der Strecke Regensburg-Schwandorf-Weiden-Marktredwitz-Cheb zum Einsatz kommen sollten, immer noch nicht im Einsatz, zu welchem Zeitpunkt ist der Einsatz der Fahrzeuge geplant und wie soll der Übergangszeitraum fahrgastfreundlich gestaltet werden?
- Ruth Müller**  
(SPD) Nachdem der kinderärztliche Bereitschaftsdienst von Stadt und Landkreis Landshut aufgrund der Vergütungskürzungen des Notdienstes durch den Bewertungsausschuss zum 28. Februar 2015 seinen Dienst eingestellt hat, frage ich die Staatsregierung, wie viele vergleichbare ausschließlich pädiatrisch ausgerichtete Organisationen gibt es in Bayern, welche Überlegungen gibt es derartige Zusammenschlüsse zu fördern, um zur Entlastung der regulären Notaufnahmen besonders in Zeiten der Maximalauslastung (z.B. derzeitige Grippewelle) beizutragen und welche Pläne gibt es, um die pädiatrische Versorgung an Wochenenden und Feiertagen in Bayern zu gewährleisten?
- Alexander Muthmann**  
(FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, wie die Wirtschaftsfördermittel, die für 2015 im bayerischen Haushalt zur Verfügung stehen, auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilt werden (Auflistung nach Gesamtsumme, Vergleich zum Vorjahr und prozentualer Anteil am aktuellen Antragsbestand für Förderungen in den Regierungsbezirken) und bis wann diese Mittel den Regierungen zur Verfügung stehen?
- Thomas Mütze**  
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, aus welchem Grund steht der Ausbau der Staatsstraße 2317 nicht im 7. Staatsstraßenausbauplan, warum wird die Straße nur aus Sanierungsmitteln des Straßen-

bauamtes Würzburg ausgebaut und bis wann wird die Staatsregierung die Straße auf diese Weise fertig saniert haben?

**Verena Osgyan**  
(GRU)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, in ihrem Zwischenbericht zum Beschluss des Landtags (Änderung des Bestattungsgesetzes; Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein Verwendungsverbot von Grabmalen aus ausbeuterischer Kinderarbeit, Drs. 17/1487) vom 21. November 2014 angekündigt hat, einen „erste[n] Entwurf einer gesetzlichen Regelung“ zu erarbeiten, frage ich die Staatsregierung, bis wann der angekündigte Entwurf vorgelegt werden soll, wodurch die Verzögerung in der Umsetzung des Landtagsbeschlusses zu erklären ist und weshalb Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern, die bereits entsprechende gesetzliche Regelungen eingeführt haben (z.B. Nordrhein-Westfalen), beim Verwendungsverbot von Grabmalen aus ausbeuterischer Kinderarbeit so zögerlich vorgeht?

**Kathi Petersen**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund des Verkaufs eines Konvoluts von knapp 200 Handschriften und Drucken des 15. und 16. Jahrhunderts aus dem Bestand der Bibliothek Otto Schäfer in Schweinfurt an einen Händler in der Schweiz, der durch die Kulturbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg aufgrund einer vorläufigen Eintragung in das Hamburger Länderverzeichnis des national wertvollen Kulturguts gestoppt worden ist, frage ich die Staatsregierung, wieso das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst (StMBW) dem Verkauf des Konvoluts - welches sich mittlerweile in Schweinfurt befindet - nicht widersprochen hat, nach welchen Kriterien in Bayern Kulturgüter als „national wertvoll“ eingestuft werden und ob das StMBW inzwischen Maßnahmen ergriffen hat, die den Verkauf von bayerischen Kulturgütern in Zukunft verhindern?

**Dr. Christoph Rabenstein**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie kann es sein, dass im Landkreis Bayreuth die Kommunen von der Regierung gezwungen werden, eine Straßenausbaubeitragssatzung zu erlassen, wenn gleichzeitig andere Kommunen (z.B. Stadt München) diese wieder abschaffen, sieht die Staatsregierung hier eine Ungleichbehandlung auf Kosten strukturschwacher Städte und Gemeinden und sieht sie Nachbesserungsbedarf bei den Richtlinien der Straßenausbaubeitragssatzung, um Ungerechtigkeiten zu vermeiden?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kommunen tragen die Erhöhung des Basiswerts (Qualitätsbonus plus) seit 1. Januar 2015 in vollem Umfang mit, welche Gründe geben die übrigen Kommunen für ihre Nichtbeteiligung an, und wie werden die Mittel, die von einem Teil der Kommunen nicht abgerufen werden, verwendet?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche 40 konkreten Standorte für einen neuen zusätzlichen Konzertsaal in der Landeshauptstadt München wurden geprüft, da im Kabinettsbericht vom 20. Februar 2015 die Rede ist von „intensiver Standortsuche, in der rund 40 alternative Standorte in München geprüft und wieder verworfen

wurden“, welche konkreten Gründe haben in den 40 Fällen jeweils dazu geführt, dass die Standortvorschläge wieder verworfen wurden, wie hat sich die Arbeitsgruppe konkret zusammengesetzt, die die negative Entscheidung zu den jeweiligen 40 Standortmöglichkeiten getroffen hat?

**Bernhard Roos**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann wird die Bildungspauschale des Max-Weber-Programms des Freistaats Bayern für hochbegabte Studierende analog zu anderen Begabtenförderungswerken verdoppelt, die bereits zum Wintersemester 2013/2014 entsprechende Erhöhungen vorgenommen haben, welche Planungen verfolgt die Staatsregierung zur Anpassung der Förderbezüge und wieso ist eine Anpassung bis heute nicht erfolgt?

**Georg Rosenthal**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund sich häufender Gesundheitsgefährdungen durch Kräutermischungen, sogenannte Legal Highs, frage ich die Staatsregierung, ob sie Kenntnis davon hat, wie viele Fälle von Missbrauch sogenannter Kräutermischungen den bayerischen Behörden in den Jahren 2012 bis 2015 bekannt sind (mit der Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren) und wie viele Straftaten unter dem Einfluss von „Kräutermischungen“ in den Jahren 2012 bis 2015 begangen wurden (mit der Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren) und welche Präventionsmaßnahmen speziell mit Bezug auf den Missbrauch von „Kräutermischungen“ vorgesehen sind?

**Harry Scheuenstuhl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, bei welchen Verfahren der Dorferneuerung in den Landkreisen Ansbach, Fürth und Neustadt a. d. Aisch – Bad Windsheim wurde in den letzten 30 Jahren mit den Maßnahmen der Dorferneuerung begonnen und falls diese bereits abgeschlossen wurden, wann diese abgeschlossen und endgültig abgerechnet wurden, (jeweils aufgliedert nach den einzelnen Landkreisen)?

**Franz Schindler**  
(SPD)

Bezugnehmend auf die Anfrage zum Plenum in der 40. KW 2014 und die Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr frage ich die Staatsregierung, ob zwischenzeitlich eine Entscheidung über eine bundesweit einheitliche Verwaltungspraxis vorliegt und falls ja, wie diese lautet und in wie vielen Fällen sich im Freistaat Antragsteller, denen die Fahrerlaubnis wegen einer Trunkenheitsfahrt mit weniger als 1,6 Promille entzogen worden ist, in dem Verfahren auf Wiedererteilung der Fahrerlaubnis gegen die Anordnung einer medizinisch-psychologischen Untersuchung erfolgreich auf Vertrauensschutz berufen haben?

**Gabi Schmidt**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Gerichtsverfahren wurden auf Grundlage des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes vor arbeitsrechtlichen Hintergründen in Bayern geführt (bitte Angabe je Merkmal im „Antidiskriminierungsgesetz“), wie verteilen sich die Gerichtsverfahren auf die Geschlechter und wie oft waren die Kläger erfolgreich?

**Helga Schmitt-Bussinger**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie stellt sich derzeit die räumliche Situation der Staatlichen Bibliothek Ansbach dar, wie hoch wären die Kosten für einen Neubau zur Unterbringung des gesamten Be-

standes und mit welchen Kosten wäre die Unterbringung der Staatlichen Bibliothek Ansbach im sog. Retti-Palais verbunden (aufgeschlüsselt nach Erwerbs-, Renovierungs- und Unterhaltskosten)?

**Katharina Schulze**  
(GRU)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr am 12. Dezember 2013 auf meine Anfrage zum Plenum (Bündnis 90/Die Grünen) geantwortet hat, dass von bundesweit 745 ungeklärten Tötungsdelikten, die einer weiteren Überprüfung unterzogen würden, ob ein möglicher rechtsextremistischer Tathintergrund vorliegt, 45 Tötungsdelikte Bayern betreffen und dass eine endgültige Aussage über die einzelnen Fälle erst nach Abschluss der entsprechenden Überprüfung 2014 getroffen werden könne, frage ich die Staatsregierung, welches Ergebnis die Überprüfung der 45 Tötungsdelikte hinsichtlich eines möglichen rechtsextremistischen Tathintergrunds ergeben hat, in welchen Fällen die Ermittlungen wieder aufgenommen wurden (die einzelnen Fälle bitte getrennt und unter Angabe einer jeweils kurzen, anonymisierten Sachverhaltsdarstellung mit Ort und Datum auflisten) und wie der aktuelle Stand der Ermittlungen in den einzelnen Fällen ist?

**Stefan Schuster**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, können die überwiegend seit Monaten leerstehenden Dienstwohnungen der bayerischen Justiz in der Nürnberger Mannertstraße für anerkannte Flüchtlinge genutzt werden, da bezahlbarer Wohnraum für diese Menschen im Sinne der Integration, aber auch wegen der dringend benötigten Kapazitäten in den Gemeinschaftsunterkünften, im Interesse des Freistaats, wie auch der Stadt ist?

**Gisela Sengl**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Übergangsklassen für Kinder mit Migrationshintergrund (d.h. Kinder aus Flüchtlings-, Asylbewerberfamilien sowie Kinder aus Familien, die einen sicheren Aufenthaltsstatus durch die Anerkennung ihrer Asylantrages erlangt haben und die eine deutschen Staatsangehörigkeit haben) gibt es derzeit an Grund- und Mittelschulen (aufgeschlüsselt nach den beiden Schularten) in Bayern, aufgeteilt nach den Regierungsbezirken und Standorten, an welchen Grund- und Mittelschulen im Landkreis Traunstein gibt es solche Übergangsklassen und welche Voraussetzungen müssen für die Bildung einer Übergangsklasse an Grund- und Mittelschulen erfüllt sein?

**Kathrin Sonnenholzner**  
(SPD)

Nachdem die Kosten für Impfungen im Morbi-RSA als Pauschale enthalten sind, frage ich die Staatsregierung, ob es für die gesetzlichen Krankenkassen höhere Vergütungen braucht, damit diese ihre Bemühungen für Impfungen intensivieren können?

**Claudia Stamm**  
(GRU)

Nachdem es – wie den Medien zu entnehmen war – im Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat einen neuen Kommunikationschef gibt, frage ich die Staatsregierung, wie viele Stellen zu welcher Eingruppierung die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit an beiden Dienststellen umfasst, ob die Informationen des „Münchner Merkur“, dass der künftige Leiter der Abteilung „Kommunikation und Planung“ eine B6-Stelle ersetzen wird, korrekt sind und welche B6-Stelle er ersetzen wird?

**Rosi Steinberger**  
(GRU)

Vor dem Hintergrund von Medienberichten, wonach einer „ersten einigermaßen belastbaren Schätzung der Obersten Baubehörde und externer Fachleuten“ zufolge für die Sanierung des Deutschen Museums mit mindestens 700 Mio. Euro kalkuliert werden müsse (<http://www.merkur-online.de/lokales/muenchen/stadt-muenchen/-sanierung-deutschen-museums-wirdimmer-teurer-4763264.html>), frage ich die Staatsregierung, welchen konkreten Inhalt die erwähnte Schätzung der Obersten Baubehörde hat (Kostenrahmen, Umfang der Sanierungsmaßnahmen etc.), auf welcher Grundlage die Schätzung beruht (Voruntersuchungen, Gutachten, einbezogene (externe) Fachleute etc.) und ob der Staatsregierung – falls keine Schätzung der Obersten Baubehörde vorliegt – sonstige Schätzungen über die Kosten für die Sanierung des Gesamtareals (inkl. „Forum der Technik“/Kongresshalle, Außenanlagen etc.) vorliegen?

**Florian Streibl**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie werden Schöffen in Bayern, neben der Aushändigung des „Merkblatts für Schöffen“ auf ihren Dienst ggf. noch vorbereitet (Schulungen, Einführungsveranstaltungen etc.), welche Vorschriften für den Schöffendienst bestehen ggf. noch neben der (Jugend-)Schöffendankbroschüre für den Schöffendienst und wie wird sichergestellt, dass sich Schöffen umfassend in das jeweilige Verfahren einbringen können?

**Reinhold Strobl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Betriebe, neben der Firma Ostwind aus Regensburg, verlagern aufgrund der Energiepolitik Bayerns derzeit bereits Arbeitsplätze in andere Bundesländer bzw. andere Länder, und was gedenkt die Staatsregierung zu unternehmen, um einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken?

**Dr. Simone Strohmayr**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen der in der Antwort auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Christine Kamm (Drs. 16/15571) genannten Schulen besteht die Videoüberwachung weiterhin und wenn ja, haben sich die Gründe für die Überwachung geändert?

**Martin Stümpfig**  
(GRU)

Nachdem in Feuchtwangen und Rothenburg Außenstellen der Hochschule Ansbach geplant sind, frage ich die Staatsregierung, liegen hier Konzepte (Terminplan) für die Eröffnung der Außenstellen der Hochschule Ansbach vor, welche Mittel sind hierfür zugesagt, wie sehen die nächsten Schritte für die Realisierung aus?

**Dr. Karl Vetter**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche staatlichen Gymnasien haben sich für die Pilotphase der Mittelstufe Plus beworben (bitte aufschlüsseln nach Anzahl, Name und Gesamtschülerzahl aller Gymnasien je Regierungsbezirk), wie viele wurden davon für die Pilotphase ab dem Schuljahr 2015/16 ausgewählt (bitte aufschlüsseln nach Namen und Gesamtschülerzahl der Gymnasien je Regierungsbezirk) und nach welchen konkreten Kriterien und Wertigkeit wurde die Auswahl getroffen?

**Johanna Werner-Muggendorfer**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kontrollen von landwirtschaftlichen Tierhaltern wurden in den Jahren 2010 bis 2014 durchgeführt (aufgeschlüsselt nach Tierarten – Schwein, Rind,

Pferd etc. –, Landkreisen und Regierungsbezirken), wie hoch war die Quote der Beanstandungen (inklusive Darstellung der verhängten Tierhaltungsverbote, Darstellungsschema analog Teilfrage 1) und aus welchem Grund erfolgte die jeweilige Kontrolle (Hinweis durch Dritte bzw. Routinekontrolle)?

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Straftaten und Ordnungswidrigkeiten unter Alkoholeinfluss wurden jeweils in den Jahren 2005 bis 2014 in der Stadt Regensburg und im Landkreis Regensburg begangen und welchem Tatbestand sind sie jeweils zuzuordnen?

**Herbert Woerlein**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie förderte sie in den letzten Jahren die Auffangstation für Reptilien, München e.V., was tut sie zur Sicherstellung des finanziellen und räumlichen Fortbestands der Organisation, deren gegenwärtige Unterbringung bei der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) in Frage steht, welche Maßnahmen unternimmt die Staatsregierung zur Unterstützung des Vereins bei der Suche nach einem leer stehenden, sanierungsfähigen Gebäude, einem angemessen großen Baugrundstück oder anderen denkbaren Räumlichkeiten?

**Isabell Zacharias**  
(SPD)

Nachdem die Bundesregierung 2013 die Bildungspauschale der Begabtenförderungswerke von 150 auf 300 Euro verdoppelt hat, frage ich die Staatsregierung, ob auch eine Erhöhung der Bildungspauschale für Stipendiaten in Bayern diskutiert worden ist, welche Gründe ausschlaggebend dafür waren, die Bildungspauschale von Begabtenförderungswerke wie z.B. dem Max-Weber-Programm, nicht zu erhöhen und ob eine Erhöhung geplant ist?

**Benno Zierer**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchem Grund wurde der Bauantrag zur Errichtung eines Funkmastens für den BOS-Digitalfunk am Standort Gandorfer Berg in Mauern (Landkreis Freising), den die im Auftrag des Freistaats handelnde Firma telent GmbH zum zweiten Mal eingereicht hat, im Unterschied zum ersten Antrag nicht den Grundstücksnachbarn vorgelegt und welche Folgen hat dies für das weitere Verfahren?